

## 7. Der „Great Miner´s Strike“, Liverpool und das Versagen von Militant

Mit den in den letzten beiden Kapiteln beschriebenen politischen Anpassung an den Labourismus ging Militant in die Jahre 1984-87, in denen es zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Militant und der Labour-Führung kommen sollte. Vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung der Parteiführung, der Stärkung der Militant-Tendenz und des großen Bergarbeiter/innen/streiks sollte der Kampf insbesondere an zwei Fronten geführt werden: in Liverpool und in den LPYS.

In Liverpool erreichte die unter starkem Militant-Einfluss stehende Labour Party bei den Lokalwahlen 1982 einen deutlichen Sieg. Die wachsende Verankerung von Militant drückte sich auch in einigen Gewerkschaften aus. 1982 erreichte das *Broad-Left*-Bündnis auf der Konferenz der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (CPSA) eine überwältigende Mehrheit und der bekannte Militant-Unterstützer Kevin Roddy wurde zum Vorsitzenden gewählt. In Bradford North wurde Pat Wall zum Labour-Parlamentskandidaten gewählt.

Angesichts dieser Entwicklung begannen Medien und Labour-Führung eine antimarxistische Hexenjagd gegen Militant. Rechte Labour-Parlamentarier/innen und Gewerkschaftsbürokrat/inn/en forderten Ausschlüsse von Militant-Unterstützer/inne/n und drohten mit dem Entzug von Geldern für den Labour-Wahlkampf. In der Partei regte sich allerdings starker Widerstand. Etwa 200 lokale Gruppen protestierten gegen die Hexenjagd und die Labour-Regionalkonferenzen in Schottland, West Midlands, London, Südengland und Südwestengland stellten sich gegen drohende Ausschlüsse. Ebenfalls gegen die Hexenjagd stellten sich die Gewerkschaftskonferenzen der U-CATT (Techniker/innen), GMWU (Gemeindebedienstete), der USDAW (Handelsangestellte) und das Generalsekretariat der TGWU (Transportarbeiter/innen). Das Labour-NEC begann dennoch mit der Vorbereitung von Ausschlüssen: Im Juni 1982 wurde der so genannte Hayward-Hughes-Report, eine parteiinterne „Untersuchung“ gegen Militant mit 16 zu zehn Stimmen angenommen. Dafür hatten auch die ehemaligen „Linken“ Neil Kinnock und Joan Lester gestimmt und auch die „linke“ *Tribune*-Gruppe akzeptierte den Report mehrheitlich.<sup>208</sup>

Als Versuch, die Gegner/innen der Hexenjagd zu sammeln und Stärke zu zeigen, rief Militant für September 1982 zu einer „Konferenz der Arbeiter/innen/bewegung“ auf, die Taaffe später als „eines der entscheidendsten Ereignisse in der Geschichte von Militant“ bilanzierte. Unter dem Motto „Bekämpft die Tories, nicht die Sozialisten“ kamen 1622 Delegierte von lokalen Labour-Gruppen, 422 Delegierte von Gewerkschaften und an die 1.000 Besucher/innen ins Wembley Conference Center, darunter auch einige bekannte Labour-Linke wie Ken Livingstone. Unter massiver Präsenz von TV-Stationen und Zeitungsjournalist/inn/en erklärte Taaffe: „Für jeden, den sie ausschließen, werden zehn seinen Platz einnehmen.“<sup>209</sup> Auch wenn das auf einer solchen Konferenz als Kampfaufruf durchgehen kann, so können solche Formulierungen doch auch dazu beitragen, die eigenen Anhänger/innen in Sicherheit zu wiegen, auf einen objektiven Prozess zu vertrauen, der den Aufstieg der eigenen Organisation unaufhaltbar mache.

Die Labour-Konferenz von 1982 bedeutete dennoch einen weiteren Rechtsruck der Partei; der rechte Flügel hatte schließlich 19 von 29 Sitzen im NEC. Die Hetze gegen Militant wurde fortgesetzt, teilweise mit absurden Behauptungen wie dass Militant gegen nukleare Abrüstung und gegen Frauenbefreiung sei. Die von der Parteiführung als Vorbereitung für Ausschlüsse vorgeschlagene Registrierungspflicht für „nicht-affilierte Gruppen“ wurde aufgrund der Block-Stimmen der Gewerkschaften mit großer Mehrheit angenommen.<sup>210</sup> In der Folge lieferte Militant Ende Oktober 1982 die geforderten Antworten auf die Fragen der Parteiführung. Auf den Vorwurf, dass es sich bei Militant um eine eigene, selbstständige Organisation handle, wurde entgegnet:

<sup>208</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 196-200

<sup>209</sup> ebd., S. 201f

<sup>210</sup> ebd., S. 203-205

„Wir haben nicht unser ‚eigenes Programm, Prinzipien und Politik für eine bestimmte und separate Propaganda‘. Militant hat immer für die ordnungsgemäß bestimmten Bezirks- und Parlamentskandidat/inn/en Unterstützung gefordert, unabhängig von deren Ansichten innerhalb der Partei. Wir haben beispielsweise unsere Unterstützer/innen in der Birmingham-Region aufgefordert, für John Spellar, den Labour-Kandidaten für die Nachwahl in Northfield am 28. Oktober, zu arbeiten, unabhängig von seiner lautstarken Unterstützung für die Hexenjagd-Maßnahmen gegen Militant auf der Konferenz.“<sup>211</sup>

Militant gab Auskunft über die Art seiner Organisierung. Angesichts des Vorwurfes, dass Militant international organisiert sei, spielten das Militant-Editorial-Board die Bedeutung des CWI herunter: „Als Internationalist/inn/en haben wir Kontakt mit Gleichgesinnten in vielen Ländern. Wir steuern Artikel zu marxistischen Zeitschriften im Ausland bei und wir publizieren regelmäßig Artikel von Sozialist/inn/en, die in anderen Ländern aktiv sind. Der rechte Flügel der Labour Party hat auch internationale Verbindungen.“ Und Militant fügte hinzu:

„Es gab Anschuldigungen, dass Militant Gewerkschaftsführer und Labour-Minister als ‚Renegaten‘ und ‚Verräter‘ an der Arbeiter/innen/klasse attackiert hätte. (...) Wo in all unserem publizierten Material haben wir eine solche Sprache in Bezug auf die Gewerkschaftsführung oder vergangenen Labour-Regierungen verwendet? Wir haben immer für die Rückkehr einer Labour-Regierung gekämpft. Wir haben alle früheren Labour-Regierungen unterstützt und die Reformen begrüßt, die sie eingeführt haben. Aber wir haben wiederholt gewarnt, dass es auf der Basis des Kapitalismus, speziell des heutigen kranken britischen Kapitalismus, für Labour-Regierungen unmöglich ist, permanente Verbesserungen für die Arbeiter/innen/klasse sicherzustellen.“<sup>212</sup>

Die Labour Party scheitert in dieser Logik nur an den Grenzen des Kapitalismus. Davon, dass Labour als reformistische Partei, also als Partei mit bürgerlichem Programm, die sich existenziell auf die organisierte Arbeiter/innen/klasse stützt, zu einer ernsthaften Konfrontation mit der herrschenden Klasse gar nicht bereit ist, ist von Militant nichts zu hören. Unabhängig davon, ob das der Militant-Führung klar ist oder nicht, muss sie es aufgrund ihrer Perspektive der Reformierung der Labour Party ihren Anhänger/inn/en verschweigen. Vom Benennen der Politik der Labour-Führung als das, was sie objektiv ist, nämlich Verrat an der Arbeiter/innen/klasse, muss sich das Militant-Editorial-Board in der Folge distanzieren.

Der Versuch, Militant als loyale und harmlose Strömung des Labourismus darzustellen, änderte natürlich nichts an den Absichten der Labour-Führung. Im November 1982 wurden Ausschlussverfahren gegen die fünf Mitglieder des Militant-Editorial-Board (Keith Dickinson, Clare Doyle, Ted Grant, Peter Taaffe, Lynn Walsh) eingeleitet. Militant versuchte dagegen zu mobilisieren und klagte bei den bürgerlichen Gerichten gegen diese Entscheidung – bei einem Konflikt innerhalb der Arbeiter/innen/bewegung sicherlich eine sehr problematische Vorgangsweise, die auch unter den Militant-Unterstützer/innen kontrovers diskutiert worden war. Das die Ausschlüsse betreffende NEC-Treffen im Dezember 1982 war eine Farce: Die angeblichen „Beweise“ gegen Militant wurden nicht einmal vorgetragen, NEC-Mitglieder konnten keine Fragen stellen. Lynn Walsh bot der Labour-Führung an, die Militant-Organisationsform zu ändern und auch die jährlichen „Versammlungen der Militant-Verkäufer/innen“ für alle Labour-Mitglieder und die Medien zu öffnen. Dennoch schloss das NEC im Februar 1983 die fünf Herausgeber/innen des Militant aus der Labour Party aus.<sup>213</sup>

Militant protestierte natürlich gegen die Ausschlüsse und verlangte die Wiederaufnahme der fünf Genoss/inn/en, aber – wie Taaffe rückblickend ausführte – „anders als manche Zeitschriften begannen wir nicht mit Denuzierungen unserer Gegner, sondern versuchten die Fragen zu erklären und frische Schichten von Arbeiter/inn/en zu gewinnen, manchmal in positiver Weise die Unzulänglichkeiten der linken Führer/innen kritisierend.“<sup>214</sup>

<sup>211</sup> Militant 623, 22.10.1982, zitiert nach: ebd. S. 206

<sup>212</sup> ebd., S. 206 und 208

<sup>213</sup> ebd., S. 208-211, Sewell: How the Militant, a.a.O., und Sewell: History... (Section 6), a.a.O.

<sup>214</sup> Taaffe: The Rise..., a.a.O., S. 212

Damit umschreibt Taaffe wohl, dass sich der Militant-Widerstand gegen die Ausschlüsse in Grenzen hielt. Sie wurden letztlich unter Protest hingenommen, wollte man/frau doch unbedingt weiter bis zum erwarteten großen Moment, wo sich die Arbeiter/innen/klasse in die Labour Party hinein radikalisiert, in der Partei bleiben und nicht weitere Ausschlüsse riskieren. Sicherlich waren aber die Ausschlüsse des Editorial Boards kein geeigneter Zeitpunkt für eine potentielle größere Abspaltung eines radikaleren Teiles von der Labour Party. Dafür hatten diese Ausschlüsse nicht eine ausreichende Wichtigkeit für die klassenkämpferischen Arbeiter/innen in Labour. Solche Ereignisse sollten aber Mitte der 1980er Jahre bevorstehen.

Ab 1983 gewann der Konflikt in Liverpool immer mehr an Bedeutung. 20.000 Gemeindebedienstete streikten im April erfolgreich gegen die Privatisierungspolitik der lokalen konservativ-liberalen Koalition. Bei den unmittelbar darauf folgenden Lokalwahlen stiegen die Stimmen für die stark von Militant geprägte Liverpooler Labour Party um 40%. Die Grundlage für diesen Erdrutschsieg war ein radikal-reformistisches Programm: keine Privatisierung, Mietsenkungen, keine Ausgabenkürzungen, massives Häusersanierungsprogramm, 6.000 neue städtische Wohnhäuser, 4.000 neue öffentliche Jobs, keine Abgabenerhöhungen zur Kompensierung der Kürzungen der Tories/Liberalen.

Im Juni 1983 folgten die Parlamentswahlen. Thatcher setzte darauf, durch den Sieg auf den Falklands und die damit verbundene nationalistische Welle erneut gewählt zu werden, und war damit letztlich erfolgreich. Die Tories verloren zwar 700.000 Stimmen, Labour aber hatte etwa drei Millionen Wähler/innen weniger als 1979 und damit das schlechteste Ergebnis seit 1935. Angesichts der Rechtsentwicklung der Labour Party und ihrer Anpassung an die Tory-Politik hatten viele Arbeiter/innen das Vertrauen in diese Partei verloren. Ganz gegen den nationalen Trend hatte Labour in Liverpool 2% zugelegt und war der Militant-Unterstützer Terry Fields ins Parlament gewählt worden. Außerdem schaffte es der Militant-Unterstützer Dave Nellist als Kandidat für Coventry South East ins Unterhaus, während Pat Wall in Bradford North scheiterte.

An der Militant-Versammlung in Wembley im September 1983 nahmen knapp 3.000 Personen teil. Auf der Labour-Konferenz im Oktober war Militant allerdings ziemlich isoliert. Vorherrschend war eine allgemeine Euphorie über die Wahl von Neil Kinnock zum neuen Parteivorsitzenden, der – obwohl er sich von Benn längst distanziert und für den Ausschluss des Militant-Editorial-Board gestimmt hatte – immer noch als „Linker“ galt. Er war damit ein geeigneter Deckmantel für die Kapitulation der Parteibürokratie vor den Tories.<sup>215</sup>

Ted Grant freilich hatte noch 1983 im Militant-Perspektivdokument prophezeit, dass die alte Rechte ihre Rolle ausgespielt habe und am Ende sei (siehe oben). Er ging davon aus, dass mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise die Labour Party als politischer Ausdruck des Kampfes der Arbeiter/innen für Reformen dazu gezwungen wäre, immer weiter nach links zu gehen; der rechte Flügel des Reformismus würde durch die Widersprüche des Kapitalismus ausradiert werden. Grants mechanisches Schema sollte bald immer mehr in Widerspruch mit der Realität geraten, denn 1983 begann unter der Führung Kinnocks eine beschleunigte Rechtsentwicklung der Labour Party.

Zur selben Zeit spitzte sich in Großbritannien die Klassenkampfsituation zu. Mit dem Wahlsieg im Rücken bereitete sich die Thatcher-Regierung auf einen Angriff auf die organisierte Arbeiter/innen/bewegung, insbesondere die Bergarbeiter/innen/gewerkschaft NUM und damit auf eine Entscheidungsschlacht vor. Die Polizei trainierte schon mal brutale Übergriffe gegen Streikende, in diesem Fall gegen Druckereiarbeiter/innen, deren Kampf vom Gewerkschaftsdachverband TUC allein gelassen wurde. In Liverpool gab es Demonstration und Warnstreiks gegen die Kürzungsvorgaben der Tory-Regierung. Der Militant-Unterstützer John MacCreadie wurde in den Vorstand des Gewerkschaftsdachverbandes TUC gewählt. Die gewerkschaftliche Linke versuchte sich zu formieren und versammelte im März 1984 in Sheffield über 2.200 Delegierte.<sup>216</sup>

---

<sup>215</sup> ebd., S. 214-221

<sup>216</sup> ebd., S. 222-227 und Sewell: History... (Section 6), a.a.O.

Gleichzeitig begann der wichtigste Klassenkonflikt in Großbritannien in den 1980er Jahren, der lange Zeit darüber hinaus erhebliche Folgen für die Arbeiter/innen/klasse und -bewegung haben sollte. Ein Jahr lang streikten etwa 170.000 Bergarbeiter/innen, unterstützt von den Frauen der Bergbaugemeinden. Die Medien verleumdete sie als undemokratische Schläger. Die Tories versuchten sie auszuhungern, indem sie alle Formen von Sozialleistungen strichen. Die Polizei attackierte die Streikposten in paramilitärischer Weise und agierte in den Bergbaugebieten wie eine Besatzungsarmee. Sie bekam Sonderrechte wie die Umleitung von Autos und Bussen Hunderte Kilometer von ihren Zielorten entfernt oder die Einschüchterung von Busunternehmen, damit sie Verträge mit den Bergarbeiter/innen ablehnen. Unterstützt wurde die Polizei vom Staatsanwalt, dem konservativen Abgeordneten Michael Havers. Die Gerichte stahlen den Streikfond und inhaftierten massenhaft Streikende. Die Geheimdienste infiltrierten die Bewegung und hörten ihre Telefone ab. Thatcher bezeichnete die Bergarbeiter/innen als „inneren Feind“.

Der Bergarbeiter/innen/streik 1984/85 war ein Bürger/innen/krieg, in dem 11.312 Bergarbeiter/innen verhaftet, über 200 längerfristig eingesperrt und 966 wegen ihrer Rolle im Streik entlassen wurden. Über 3.000 Streikende wurden verwundet und zwei an der Streikpostenkette von der Polizei ermordet: David Jones und Joe Green. Der Einsatz von 20.000 Polizisten gegen die Streikenden im ganzen Land verschlang 500.000 Pfund pro Tag. All die Maßnahmen zur Niederwerfung der Streikenden kostete die Regierung über drei Mrd. Pfund, mehr als der Malvinas-Krieg gegen Argentinien.<sup>217</sup>

Die Streikenden und ihre Familien organisierten zwölf Monate lang ihr Überleben ohne Löhne und Beihilfen. Sie organisierten fliegende Streikposten (Flying pickets), kämpften heftigste Schlachten mit einer militarisierten Polizei und sogar Militärs in Polizeiuniformen, nahmen an Treffen von Tausenden anderen Gewerkschafter/innen teil, um Solidarität zu gewinnen. Die Frauen der Bergbaugemeinden formierten eine Frauenmassenbewegung. Inspiriert vom Kampf der Bergarbeiter(frauen) verschrieben sich Hunderttausende Aktivist/innen der Gewerkschaften und der politischen Arbeiter/innen/bewegung, der Immigrant/innen-Communities, der Frauen- und der Lesben/Schwulen-Bewegung der Unterstützung für den Bergarbeiter/innen/streik.

Dennoch wurden der Streik und damit die Avantgarde der britischen Arbeiter/innen/klasse besiegt. Die Labour-Rechte argumentierte danach, dass Streiks eben überholt seien. Die Niederlage der Bergarbeiter/innen bedeutete eine *strategische* Niederlage für die gesamte Arbeiter/innen/klasse. In den Jahren danach wurde ein Sektor nach dem anderen besiegt, darunter die stärksten verbliebenen Teile wie die Drucker/innen 1986 und die Hafendarbeiter/innen 1989. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft brach dramatisch ein. In ganzen Industrien wurden Gewerkschaften nicht mehr anerkannt. Mit einer in der Arbeiter/innen/klasse verankerten revolutionären Führung wäre ein Sieg im Bergarbeiter/innen/streik zweifellos möglich gewesen. Wie wir sehen werden sind weder die Führung der Bergarbeitergewerkschaft NUM (*National Union of Mineworkers*) um Arthur Scargill noch die Militant-Tendenz dieser Verantwortung gerecht geworden.

Anders als die meisten Gewerkschaftsbürokrat/innen war Arthur Scargill ein wirklicher Kämpfer. Er hatte nie irgendwelche Absichten eines Ausverkaufs. Er stand für ein kämpferisches Gewerkschafter/innen/tum, stützte seine Politik aber stark auf Manöver innerhalb des linken Flügels der Gewerkschaftsbürokratie und hatte den syndikalistischen Glauben, dass militante Streikposten der NUM allein den Staat besiegen können. Er teilte das klassisch stalinistische Broad-Left-Konzept: den bürokratischen Apparat übernehmen statt ihn in die Kontrolle durch die Basis aufzulösen. Außerdem scheute Scargill die offene politische Auseinandersetzung mit den rechten, streikfeindlichen Bürokrat/innen in den anderen Gewerkschaften und dem Dachverband TUC, was für die Ausweitung des Streiks fatal war. Und zu einem Bruch mit der Labour Party, die sich in den Kämpfen auf die Seite der Polizei stellte, war er ebenfalls nicht bereit.<sup>218</sup>

<sup>217</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 228f und Mark Hoskisson: *The Great Miner's Strike, 1984-85*, in: <http://www.permanentrevolution.net/?view=entry&entry=1004>

<sup>218</sup> Hoskisson, a.a.O.

Thatcher hat den Konflikt mit der NUM von langer Hand geplant und konnte sich auf ausgefeilte Strategiepapiere stützen. Ein Papier von Keith Joseph hatte den programmatischen Titel „Die Lösung des Gewerkschaftsproblems ist der Schlüssel für den Aufschwung Großbritanniens“ und brachte die schärfsten Anti-Gewerkschaftsgesetze in westlichen imperialistischen Ländern. Der Ridley-Plan sah vor, dass die verschiedenen Sektoren der Arbeiter/innen/klasse getrennt und einer nach dem anderen angegriffen werden. Die Themen der Angriffe sollten demnach rein sektoral sein, das Schlachtfeld jeweils gut vorbereitet werden. Das bedeutete die Anhäufung von Reserven, um Streiks ins Leere laufen zu lassen, und besonders die Spaltung der Arbeiter/innen/klasse durch vorübergehende Zugeständnisse an manche Sektoren, um die anderen in Ruhe und isoliert bekämpfen zu können. Im Kern des Ridley-Planes stand die Zerstörung der NUM, was – zu Recht – als strategischer Sieg über die gesamte Arbeiter/innen/klasse betrachtet wurde.<sup>219</sup>

Seit 1979 gaben die Tories riesige Summen aus, um systematisch gigantische Kohle-Lager anzulegen. Gleichzeitig wurde die Nuklearenergieproduktion vorangetrieben. Die Polizei wurde zu einer Streitmacht zum Brechen von Streiks reorganisiert und entsprechend hochgerüstet. 1983 wurde schließlich Ian MacGregor, ein amerikanischer Industrieller und persönlicher Freund von Thatcher zum Vorsitzenden von British Coal gemacht und mit der Privatisierung beauftragt. Auf Grundlage der Anti-Gewerkschaftsgesetze konnten den Automobilarbeiter/inne/n 1979, den Stahlarbeiter/inne/n 1980, den Eisenbahner/inne/n 1982 und den Drucker/inne/n 1983 – jeweils erfolgreich isoliert – erste Niederlagen beigebracht werden. 1981 hatte die Regierung schon mal testweise einen Vorstoß gegen die Bergarbeiter/innen unternommen und die Schließung von zwei Gruben angekündigt. Angesichts unmittelbar darauf anrollender Streik, noch geringen Kohlelagerbeständen und einer noch nicht ausreichend bereiten Polizei, hatte Thatcher einen taktischen Rückzug angeordnet.

Im selben Jahr war Scargill, bis dahin Vorsitzender der militanten Bergarbeiter/innen in South Yorkshire, mit 70% der Stimmen zum Vorsitzenden der NUM gewählt worden. Kämpferische Bergarbeiter/innen um Scargill hatten in South Yorkshire seit 1969/70 von der Gewerkschaftsführung unabhängige Organisationsstrukturen aufgebaut. Beim großen Bergarbeiter/innen/streik von 1972 übernahmen in Yorkshire Koordinationskomitees aus Bezirksdelegierten die Streikführung. Tausende fliegende Streikposten, waren, von Scargill dirigiert, in Bussen, Kleinbussen und Autos unterwegs und legten Bergwerke, Kraftwerke und Häfen lahm. Unterstützt wurden sie von den Hafendarbeiter/inne/n und Eisenbahner/inne/n. Scargill hatte mit seinen Leuten ganz entscheidend zum Sturz der konservativen Regierung von Edward Heath beigetragen und war für die Tories der Staatsfeind Nummer 1. Die Mehrheit der Gewerkschaftsführung hasste ihn ebenfalls. Scargill freilich war überzeugt, dass die Bergarbeiter/innen allein – in einer Art Neuauflage der glorreichen Tage von 1974 – die Thatcher-Regierung stürzen könnten.<sup>220</sup>

Am 1. März 1984 wurden die ersten Grubenschließungen angekündigt: 25 Bergwerke und 25.000 Arbeitsplätze. Insgesamt sollten nach dem Plan von MacGregor 70 angeblich „unrentable“ Minen zugemacht werden, was den Verlust von etwa 70.000 Arbeitsplätzen bedeutete. Innerhalb weniger Tage waren alle Bergwerke in Yorkshire im Streik, bald darauf folgten Schottland, Südwales, Kent, North Derbyshire und der Nordosten. In den Midlands (Nottingham, Leicester) war die Situation hingegen schwierig: Die dortige rechte NUM-Führung um Ray Chadburn und Jack Jones, die von der Regierung umworben wurde, verlangte eine Urabstimmung, um so den Streikbeginn hinauszuzögern. Damit hätte der Streik – ganz im Sinne von Thatcher – an Dynamik verloren und bis zur Abstimmung wären bereits einige Minen geschlossen gewesen.

Die NUM-Führung um Scargill, Peter Heathfield und Mick McGahey machte nun den ersten bedeutenden Fehler, verzichtete auf einen offenen Kampf gegen Chadburn und Jones, verabsäumte die Ausrufung eines landesweiten Streiks und erklärte stattdessen, dass die einzelnen Regionen über den Streik entscheiden sollten. Das „legalisierte“ die Anti-Streik-Kampagne der rechten Bü-

<sup>219</sup> ebd. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 228

<sup>220</sup> Hoskisson, a.a.O. und Harman, a.a.O., S. 298-300

rokraten und führte dazu, dass viele Bergarbeiter/innen in den Midlands anfänglich gar nicht dachten, dass sie Streikbruch betrieben, weil ihre regionale Führung ja nicht zum Ausstand aufgerufen hatte. Ein sofortiger Aufruf zu landesweiten Streik hätte sich auch in den Midlands zumindest auf eine große Minderheit stützen können. Und darüber hinaus war die Loyalität zur NUM extrem groß und das Motto „Never cross a picket line“ (Überschreite niemals eine Streikpostenkette) für nahezu alle Bergarbeiter/innen eine Frage der Ehre, sodass wohl auch in den Midlands eine große Mehrheit die Arbeit eingestellt hätte. Außerdem waren die harten Streikbrecher/innen um die regierungsfreundliche NUM-Bürokratie in den Midlands anfänglich noch schlecht organisiert. Diese Chance wurde aber vertan, weil sich Scargill an den heiligen Grundsatz der Gewerkschaftsbürokratie hielt, sich niemals in die Einflusszone anderer einzumischen.

Angesichts der Sabotage von Jones und Chadburn beschloss eine nationale Delegiertenkonferenz der NUM am 19. April endlich den landesweiten Streik, der damit auch für die Midlands galt. Die NUM-Führung war aber erneut zögerlich und verabsäumte es, die nun offenen und mit Regierungsgeldern finanzierten Streikbrecher/innen um Jones und Chadburn aus der NUM auszuschließen. Damit wurde den Streikbrecher/innen/n weiter Zeit für ihre Aktivitäten gegeben; sie formierten schließlich die *Union of Democratic Mineworkers* (UDM), deren einziger Zweck der Streikbruch war.<sup>221</sup>

Nachdem der NUM also kein flächendeckender Streik gelungen war und die Regierung neben ihren riesigen Reserven nun auch über eine Zufuhr von Kohle aus den Midlands verfügte, bestand die einzige Chance für die Streikenden in der Solidarität der Arbeiter/innen in den Kraftwerken, im Transport und der Schwerindustrie. Wenn die Tories die vorhandene Kohle nicht verwenden konnten, war ein Sieg immer noch möglich.

Der TUC hatte 1982 die Lokomotivführer/innen und 1983 die Drucker/innen zu einem Ausverkauf ihrer jeweiligen Streiks genötigt. *The Economist*, das Zentralorgan der britischen Kapitalist/inn/en, schrieb auch ganz offen, dass eine „Vermittlung“ durch den TUC „das zweitbeste Ergebnis“ sei, wenn es nicht gelingen sollte, Scargill eine völlige Niederlage beizubringen. Deshalb wollte Scargill jede Einmischung des TUC in den Bergarbeiter/innen/streik verhindern. Die große Mehrheit der Streikenden unterstützte diese Linie. Es war sicherlich richtig, den TUC-Bürokrat/inn/en jede Entscheidungsmöglichkeit über den Streik zu verweigern.

Allerdings ging bei Scargill damit der Verzicht einher, vom TUC Solidaritätsaktionen zu verlangen, alle Gewerkschaftsführer/innen dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen – und bei verbaler „Solidarität“ dann nicht nur Geld, sondern konkrete Aktionen einzufordern. Bei den Beschäftigten in der Kraftwerken, den Eisenbahner/inne/n und den Stahlarbeiter/inne/n gab es ohnehin branchenspezifische Konfliktstoffe und damit gute Ansatzpunkte. Kämpferische Aktivist/inn/en in diesen Industrien nahmen auch erhebliche Risiken auf sich, indem sie etwa lokale Konflikte aus Solidarität mit der NUM eskalierten. Viele andere Arbeiter/innen in diesen Branchen sympathisierten mit den Bergarbeiter/inne/n, zögerten aber, weil sie keine Anweisungen von ihren Gewerkschaften hatten. Scargill hoffte, über Abkommen mit den Spitzen dieser Gewerkschaften zu einem Boykott des Transportes und der Verarbeitung von Streikbrecher/innen-Kohle zu kommen.<sup>222</sup>

Militant unterstützte mehr oder weniger diese falsche, im Kern bürokratische Linie von Scargill. Anfang Juni 1984 führte Militant aus, „es wäre jedenfalls naiv, zuviel Vertrauen in den TUC zu setzen (...). Die linken Gewerkschaften sollten deshalb unabhängig zusammen kommen, um Solidarität zu organisieren.“<sup>223</sup> Vertrauen in die TUC-Führung wäre wahrlich dumm gewesen, ein Verzicht auf Forderungen an den TUC und auf Mobilisierung der Basis gegen die TUC-Bürokratie bedeutete aber, auf einen wichtigen Hebel zu verzichten. Verbunden war das bei Militant dann aber vor allem im Verbreiten von naiven Hoffnungen in die „linken“ Führungen einiger Teilgewerkschaften.

<sup>221</sup> Hoskisson, a.a.O. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., 228 und S. 231

<sup>222</sup> Hoskisson, a.a.O.

<sup>223</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 236

Die „linke“ Stahl-Gewerkschaft ISTC erklärte zwar feierlich ihre Unterstützung für die Bergarbeiter/innen, ihr rechter Vorsitzender Bill Sirs kündigte aber an, dass die Stahlproduktion jedenfalls aufrecht erhalten werde, auch unter Benutzung von Streikbrecher/innen-Kohle. Statt die vielen solidarischen und kämpferischen Stahlarbeiter/innen zu einer Rebellion gegen Sirs aufzurufen, war Scargill wiederum zu keinem öffentlichen Kampf gegen Sirs bereit. Im Gegenteil wurden in Yorkshire, Schottland und Südwesten von der NUM sogar Abkommen geschlossen, die die dortigen Stahlwerke vom Aufruf auf den Boykott von Kohle ausnahmen. Von den (in diesem Fall stalinistischen) lokalen Gewerkschaftsreformist/inn/en wurde das mit der „industriellen Zukunft Schottlands“ legitimiert.

Etwas besser sah es im Transport aus. Aktivist/inn/en der Eisenbahner/innen und Schiffsarbeiter/innen sorgten dafür, dass kaum Kohle transportiert wurde. Eine besonders heroische Rolle spielten die Eisenbahner/innen in Leicestershire, dem Kerngebiet der Streikbrecher/innen: Trotz Einschüchterungs- und Bestechungsversuchen, Drohungen und staatlicher Verfolgungen standen die Eisenbahner/innen dieses Gebietes den ganzen Streik hindurch fest hinter der NUM. Keine Streikbrecher/innen/kohle wurde bewegt. Dieses glänzende Beispiel proletarischer Solidarität zwang die Regierung zum Einsatz Tausender LKW und erhöhte so die Kosten der Regierung für den Streik erheblich.

Im Gegensatz zu den vielen Aktivist/inn/en bei der Eisenbahn spielte die angeblich „linke“ Bürokratie der Eisenbahn-Gewerkschaft um Ray Buckton eine beschämende Rolle. Sie druckte herum, dass es von der NUM keine Anfrage für Hilfe gäbe. Schließlich machte sie mit der Regierung einen Deal: Die Eisenbahner/innen bekamen eine etwas überdurchschnittliche Lohnerhöhung, die von allen als Bestechung durch die Tories erkannt wurde, und dafür verweigerten die Führer der Eisenbahner-Gewerkschaft einen Streikaufruf. Wie verheerend und kurzsichtig diese Politik selbst von einem bornierten Eisenbahner/innen-Standpunkt aus war, sollte wenige Jahre später deutlich werden, als die Thatcher-Regierung British Rail in eine Reihe von privaten Teilgesellschaften zerschlug.<sup>224</sup>

Angesichts der partiell fortgesetzten Kohleförderung und der begrenzten aktiven Solidarität anderer Sektoren der Arbeiter/innen/bewegung setzte Scargill nun darauf, die Kokswerke zum Stillstand zu bringen, die die Stahlindustrie versorgten. So kam es zur legendären „Battle of Orgreave“ bei einem Kokswerk außerhalb von Sheffield. Tausende junge Bergarbeiter/innen, unter der direkten Anleitung von Scargill, der selbst in den Kämpfen verletzt und festgenommen wurde, warfen sich wieder und immer wieder gegen die massierte Polizei, die in zehn Reihen und unterstützt von schwer bewaffneten Greiftruppen und berittenen Einheiten, vor dem Werk konzentriert war. Die Polizeigewalt in Orgreave übertraf alles, was die Arbeiter/innen/bewegung in den Jahrzehnten davor erlebt hatte.

Dennoch kamen vier Wochen lang im Mai und Juni 1984 tausende Bergarbeiter/innen und ihre Unterstützer/innen immer wieder nach Orgreave. „Weder Verletzungen noch Verhaftungen konnten sie abhalten. Ihre physische Tapferkeit war atemberaubend. Auf Scargills Signal wurde der Ruf ‚here we go‘ immer lauter und ging in einen Sturmangriff auf die Polizeiketten über. Immer wieder zurückgeschlagen, blutüberströmt von Platzwunden an den Köpfen, sammelten sich die Bergarbeiter immer wieder und versuchten es erneut. Keiner blieb zurück. Keiner zögerte.“<sup>225</sup>

Trotz des Heroismus der Bergarbeiter/innen von Yorkshire fehlten Voraussetzungen für einen Sieg in Orgreave. Erstens wäre eine Vorbereitung auf die neue Realität der staatlichen Gewalt notwendig gewesen. Die Polizei war nicht länger eine Truppe, die sich mit den Streikposten auf ein Schieben und Schubsen einließ und gegen die sich Scargill in den frühen 1970ern mit seinen entschlossenen Bergarbeiter/inn/en erfolgreich durchsetzen konnte. Sie war in eine paramilitärische Formation mit dem offenen Ziel, massenhafte Streikposten zu zerschlagen, umgewandelt worden. Die Streikenden konnten sie nicht mehr so einfach aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit und ihrer physischen Stärke vertreiben. Bergarbeiter/innen in T-Shirts und Jeans standen

<sup>224</sup> Hoskisson, a.a.O.

<sup>225</sup> ebd.

Polizeiformationen mit Schlagstöcken, gepolsterten Schutzausrüstungen, Schilden etc. gegenüber. Als Gegenmittel gegen die polizeiliche Bürger/innen/kriegsarmee wäre die Ausbildung von organisierten und entsprechend ausgerüsteten Verteidigungseinheiten der Streikenden nötig gewesen. Scargill aber hatte auf die erfolgreiche Militanz der frühen 1970er vertraut. Das führte nun in Orgreave täglich zu einer riesigen Zahl von Verletzten und Verhafteten.<sup>226</sup>

Taaffe fügte seinen Schilderungen der Auseinandersetzung in Orgreave an, dass das brutale Agieren der Polizei „vor den Augen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiter/innen/klasse die Natur des kapitalistischen Staates offen gelegt“ habe. Dass die halbherzige Position vom Militant zum bürgerlichen Staat zu diesen Bewusstseinsentwicklungen in der Arbeiter/innen/klasse beigetragen hat, muss bezweifelt werden. Immerhin stammen die oben ausgeführten reformistischen Militant-Konzepte in der Staatsfrage besonders aus der Mitte der 1980er Jahre. Immerhin bezeichnete Militant auch während des Bergarbeiter/innen/streiks die Knüppel-schwingenden polizeilichen Schläger als „Arbeiter in Uniform“. Dementsprechend brachte Militant Anfang Juni 1984, während der Kämpfe in Orgreave, einen Bericht über nette Polizisten aus Yorkshire aus Bergarbeiter/innen/familien, die nicht gegen die Streikenden eingesetzt werden wollten und sich negativ über die Spezialpolizei äußerten.<sup>227</sup>

Scargill freilich hatte eine seiner eigenen Lektionen von 1972 nicht gelernt. Auch in Saltley Gate, wo Scargill damals schließlich den entscheidenden Sieg errang, hatte es die Polizei geschafft, die Bergarbeiter/innen zehn Tage lang an einer Besetzung des Werkes zu hindern. Auch damals waren die Bergarbeiter/innen immer wieder von der Polizei vertrieben und etliche verletzt worden. Dann aber traten im nahe gelegenen Birmingham 40.000 Metallarbeiter/innen in den Streik und 10.000 marschierten nach Saltley und brachten den Durchbruch. Dem Polizeichef blieb nichts anderes übrig, als das Saltley-Gate-Kokswerk zu schließen. Die Regierung hatte keine Möglichkeit mehr, Stromausfälle zu verhindern. Die Industriellen sahen ihre Fabriken ins Chaos stürzen und setzten die Regierung soweit unter Druck, dass sie den Bergarbeiter/inne/n nachgab.

Orgreave liegt am Rande von Sheffield. Die stalinistische Communist Party kontrollierte in der Stadt in fast jeder Fabrik die Shop Steward Committees (Betriebsräte). Es gab in Sheffield eine lebendige Kampftradition und sicherlich ein Solidaritätsgefühl mit den Bergarbeiter/inne/n, die in unmittelbarer Nähe tagtäglich von den Polizeischlägern terrorisiert wurden. Die Communist Party blockierte aber entschlossen alle Initiativen in Richtung Solidaritätsstreik. Und Scargill, der ein politisches Naheverhältnis zu dieser Partei hatte, verabsäumte es, in die Stadt zu kommen und selbst zu einem Streik aufzurufen. Während der vier Wochen langen Schlacht in Orgreave gab es in Sheffield keine großen Kundgebungen. Die Bergarbeiter/innen blieben allein, scheiterten mit der Schließung des Kokswerkes und die Stahlproduktion ging weiter.

Mit dieser Niederlage gerieten die Bergarbeiter/innen von Yorkshire, die Avantgarde des Streiks, in die Defensive. Es begann eine Invasion der Bergarbeiter/innen/orte selbst und eine echte Besetzung durch eine militarisierte Polizeimacht. Das Ziel war die Einschüchterung der Bergarbeiter/innen, ihrer Familien und Unterstützer/innen. Damit scheiterte der Staat, denn die Besetzung stieß auf anhaltenden und entschlossenen physischen Widerstand. Dennoch war der Kampf der NUM nun in der Defensive.<sup>228</sup>

Während der Schlacht von Orgreave hatten die Bürokrat/inn/en der Eisenbahngewerkschaften, Buckton und Jimmy Knapp, ihren Deal mit der Regierung über die Bühne gebracht. Eine Lohnerhöhung von 5,6%, die leicht über der Inflationsrate lag, wurde als „Sieg“ verkauft. Die Erhöhung war zudem noch an Produktivitätssteigerungen gebunden, die 38.000 Jobs in der Bahn-Branche bedrohten. Der Ridley-Plan, während des NUM-Streiks andere Gewerkschaften auszukaufen, funktionierte nur zu gut.

Obwohl die Basis der Eisenbahngewerkschaft ausgesprochen wütend war, sagte Scargill nichts über diesen Ausverkauf. Die Basisaktivist/inn/en der NUM wurden nach all diesen Entwicklun-

<sup>226</sup> ebd. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 235

<sup>227</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 234f und Foster/Hoskisson, a.a.O., S. 33

<sup>228</sup> Harman, a.a.O., S. 300f und Hoskisson, a.a.O.



gen immer offener für Vorschläge von linksradikalen Gruppen, die für einen Generalstreik eintraten. Viele Bergarbeiter/innen und Aktivistinnen der *Women against Pit Closures* (Frauen gegen Grubenschließungen) wurden nun selbst zu Agitator/inn/en in der Arbeiter/innen/klasse.

Erfolgreich waren sie besonders bei den Hafentarbeiter/innen. In einem Flugblatt der Bergarbeiter/innen in Kent hieß es: „Von Bergarbeitern der Basis an Docks der Basis: Startet jetzt die zweite Front!“ Unter dem Druck der Hafentarbeiter/innen-Basis sah sich der Vorsitzende der Hafentarbeiter/innen/gewerkschaft Ron Todd am 9. Juli gezwungen, einen landesweiten Hafenstreik auszurufen. Dieser Streik hatte das Potential, die Dynamik des gesamten Kampfes mit der Thatcher-Regierung noch einmal zu drehen. In Kombination mit dem partiellen Streik bei der Eisenbahn konnten nun gute Teile der Kohle und des Stahls nicht mehr transportiert werden.

Die Arbeitsniederlegung in den Häfen kam ironischerweise genau zu dem Zeitpunkt, als die Mehrheit der NUM-Führung bereits nach einem Deal mit der Regierung suchte. Scargill war zwar dagegen, aber die versöhnlicheren Bürokraten in der NUM untergruben seine Position systematisch. Der Dock-Streik half ihm nun, eine Ablehnung eines Deals mit der Regierung durchzusetzen.<sup>229</sup>

Die zweite Front war nun eröffnet und die britischen Kapitalist/inn/en gerieten in wilde Panik. Nach der Aussage eines Beraters erlitt die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher, als sie die Nachricht vom Ausbruch des Hafenstreiks erhalten hatte, einen Zusammenbruch und brach in Tränen aus. In den Tagen darauf bekannte sie bereits gegenüber Berater/innen, dass das Spiel verloren sei und dass sie wohl das gleiche Schicksal haben werden wie der von den Bergarbeiter/innen aus dem Amt gejagte konservative Premier Heath. Die herrschende Klasse war gespalten. Eisenbahner/innen verdoppelten ihre Streikaufrufe. In den Miners Support Committees im ganzen Land wurde über die Ausweitung der Aktionen gesprochen. Generalstreik und vollständiger Sieg gegen die Tory-Offensive standen auf der Tagesordnung.

Dann aber kam die Führung der Hafentarbeiter/innen/gewerkschaft TGWU, verhandelte mit der Regierung das Ende des Streiks und rettete Thatcher aus dem Desaster. Die TGWU-Führung verlangte nicht einmal irgendeine feste Zusage, dass das „Dock Labour Scheme“, die geregelten Arbeitsbedingungen in den Häfen, bewahrt würde. Sie erhielt keine Versprechen, dass in den Häfen kein Erz und keine von Streikbrecher/innen produzierte Kohle entladen würde. Die TGWU-Führung beendete am 21. Juli den Streik, weil sie mehr Angst vor einem gemeinsamen Kampf ihrer Basis mit den Bergarbeiter/innen, der nicht gewerkschaftlich organisierte Häfen zu schließen begann und den sie außer Kontrolle verlieren könnte, hatten als vor den Tories.

Die kämpferischen Hafentarbeiter/innen waren vom Deal ihrer Führung entsetzt und nahmen diesen beschämenden Verrat nicht so einfach hin. Sie begannen sich neu zu formieren, und als in Hunterston tatsächlich Streikbrecher/innen eingesetzt wurden, um Streikbrecher/innen-Kohle zu entladen, wurde die TGWU-Führung derart unter Druck gesetzt, dass sie am 23. August einen neuerlichen Streik ausrufen musste. Er dauerte bis zum 18. September. Erneut traten Todd&Co. auf den Plan, verhandelten einen lokalen Deal, der die Entladung von Streikbrecher/innen-Kohle erlaubte, und brachen den Streik ab.

Die kämpferischen Aktivisten der TGWU waren nicht stark genug, das zu verhindern oder einen dritten Streik zu erzwingen. Und Scargill wiederholte seinen bisherigen Fehler: Er denunzierte nicht den Verrat der TGWU-Führung, er appellierte nicht über deren Köpfe hinweg direkt an die Hafentarbeiter/innen. Er verband nicht den Kampf gegen die Grubenschließungen mit dem Kampf für die Erhaltung des Dock Labour Scheme. In der bürokratischen Logik gefangen war er zu einem Bruch mit den Klassenverrätern der TGWU-Führung nicht in der Lage und sagte im Radio, dass Ron Todd „weiß, was er tut“. In gewisser Weise stimmte das wohl auch.<sup>230</sup>

Die klassenkämpferischen Aktivist/inn/en in verschiedensten Gewerkschaften waren nicht organisiert genug, um mit einer Basisbewegung den Verrat der Führung beziehungsweise die unzurei-

<sup>229</sup> Hoskisson, a.a.O.

<sup>230</sup> ebd.

chende politische Linie von Scargill zu überwinden. Nach dem Streikabbruch der TGWU standen die Bergarbeiter/innen die nun folgenden letzten sechs Monate ihres Kampfes mit dem Rücken zur Wand. Statt gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren, ließ sich Scargill nun auf einen Deal mit der TUC-Führung ein, der die Kontrolle über die materielle Solidarität faktisch in die Hände des TUC-Vorsitzenden Len Murray und dann, ab dem TUC-Kongress 1984, seinem Nachfolger Norman Willis legte. Dessen rechte Clique kündigte offen an, dass sie die Bergarbeiter/innen nicht unterstützen würden. Die gemäßigte Rechte stimmte lediglich einer unspezifischen finanziellen Unterstützung zu. Was Scargill als Erfolg feierte, hieß real: Sozialhilfe für die Bergarbeiter/innen/familien, aber keine aktive Solidarität. Der Zugriff auf die materielle Unterstützung gab dem TUC auch Einfluss auf den Streik insgesamt, denn nach sieben Monaten Arbeitskampf waren die Streikenden finanziell ausgehungert und wurde die Geldfrage immer wichtiger.

Ab September 1984 hätte nur noch ein Generalstreik die Bergarbeiter/innen retten können. Die NUM-Vertreter führten am TUC-Kongress aber keinen Kampf dafür. So konnte die TUC-Führung an einem Deal mit dem National Coal Board (NCB) basteln. Die Labour-Führung übertraf in ihrem Verrat noch die TUC-Bürokrat/inn/en. Am TUC-Kongress sprach auch Neil Kinnock. Er verurteilte dabei die „Gewalt der Streikposten“ und reproduzierte damit die Propaganda von Regierung und bürgerlichen Medien. Gleichzeitig verlor Kinnock kein Wort über die Polizeigewalt, über die Einschränkung demokratischer Rechte oder die staatlichen Einschüchterungen gegenüber den Streikenden und ihre Familien.<sup>231</sup>

In diese Phase fiel eine Urabstimmung der Steigergewerkschaft NACODS, in der sich 82,5% des für die Sicherheit des Bergbaus zuständigen Personals für Streik aussprachen. Die Führungen von NACODS und TUC waren ebenso schockiert wie die Regierung, denn ein NACODS-Streiks hätte den Kohleabbau komplett unterbunden. Noch einmal fürchtete Thatcher die Niederlage gegen die Arbeiter/innen/klasse, aber die Bürokrat/inn/en von TUC und NACODS eilten ihr zu Hilfe. Ende Oktober wurden eine jämmerliche Vereinbarung abgeschlossen, die – unter lokaler untergeordneter Einbeziehung der Gewerkschaften – die Durchführung des Schließungsprogramms vorsah. Der NACODS-Streik war somit vorbei, bevor er begonnen hatte.

Von November 1984 an war die NUM nun völlig auf sich allein gestellt. Kinnock sprach sich sogar gegen eine Generalamnestie für die Bergarbeiter/innen aus. Die regierungstreuen Gerichte verhängten eine Geldbuße in der Höhe von 200.000 Pfund gegen die NUM und Scargill. In den letzten Monaten des Streiks stand immer mehr das Sammeln von Geld im Vordergrund. Kampf ums Überleben ersetzte immer mehr den Kampf für Solidaritätsaktionen. Das NCB arbeitete, teilweise erfolgreich, mit Bestechungen für eine „Rückkehr zur Arbeit“. Die weniger kämpferischen Teile der NUM bekamen jetzt die Oberhand und orientierten nachdrücklich auf einen Kompromiss mit dem NCB. Einige geringfügige Zugeständnisse des NCB schienen auch möglich, aber Thatcher intervenierte persönlich, um das zu verhindern. Sie wies MacGregor an, keinerlei Abstriche zu machen, denn sie sah nun die Chance, die NUM vollständig zu besiegen.<sup>232</sup>

Nach dem Ende des Docker/innen-Streiks und dem NACODS-Fiasko und nachdem die Beschäftigten der Kraftwerke von den rechten Bürokrat/inn/en ihrer Gewerkschaft angewiesen worden waren, Streikbrecher/innen/kohle zu verwenden, verhärtete sich die Position der Thatcher-Regierung weiter. Die rechte Führung der Metaller/innen-Gewerkschaft hatte gerade in der Automobilindustrie einen Ausverkauf verhandelt, der eine weitere wichtige Gruppe der Arbeiter/innen/klasse aus dem Kampf nahm. Im Oktober 1984 installierte Thatcher die schärfsten Antigewerkschaftsgesetze und die Gerichte erklärten landesweite Streiks für illegal. Als der TUC nicht einmal dagegen etwas unternahm, wusste Thatcher, dass der Gewerkschaftsdachverband keinen Finger rühren würde, um den Bergarbeiter/inne/n zu helfen. Ende Januar 1985 wies sie MacGregor an, die bedingungslose Kapitulation der NUM zu verlangen.

<sup>231</sup> ebd. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 239

<sup>232</sup> Hoskisson, a.a.O. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 240 und S. 245f

Scargill rief nun, viel zu spät, zu einem Generalstreik auf. Es entstand auch eine Basisbewegung, die für die Fortsetzung der Massenstreikposten, einen direkteren Einfluss der Basis auf die Verhandlungen und dafür eintrat, dass es keine Rückkehr zur Arbeit gab, bevor nicht alle verfolgten Bergarbeiter/innen wieder eingestellt worden sind. Dennoch setzten sich in der NUM nun die „gemäßigten“ Kräfte durch. Am 3. März 1985 stimmten auf der nationalen Delegiertenkonferenz der NUM 91 für die Fortsetzung des Streik und 98 für die Rückkehr zur Arbeit ohne Vereinbarung. Nach einem Jahr Klassenkrieg hatten die Bergarbeiter/innen und ihre Familien verloren.

Scargill sprach nach dem Streikende von einem „moralischen Sieg“. Tatsächlich war der Kampf der britischen Bergarbeiter/innen und *Women against Pit Closures* ein Beispiel für heroischen Mut und beeindruckende Klassensolidarität. Dennoch wäre es sinnlos, sich über das Ausmaß der Niederlage etwas vorzumachen: Die NUM hatte zwanzig Jahre später nur mehr 3.000 Mitglieder, der Schrecken der herrschenden Klasse war nachhaltig geschwächt worden. Die Niederlage der Bergarbeiter/innen 1984/85 bedeutete eine *strategische* Niederlage für die gesamte britische Arbeiter/innen/klasse. Durch das Scheitern dieses wichtigsten Arbeitskampfes in Jahrzehnten wurde die britische Arbeiter/innen/bewegung weit zurückgeworfen und hat sich bis heute nicht davon erholt. Durch die Entwicklung des Bergarbeiter/innen/streiks, der ein solch riesiges Potential zum Sturz der Thatcher-Regierung hatte, wurde auf bittere Weise demonstriert, wie sehr der Klasse eine revolutionäre Führung fehlt.

Die Militant-Strömung war Mitte der 1980er Jahre in Großbritannien eine der stärksten Organisationen mit dem Anspruch, eine revolutionäre, marxistische Führung darzustellen. Es stellt sich also die Frage, welche Politik diese Organisation im Bergarbeiter/innen/streik, der auch von Taaffe als „wichtigster industrieller Kampf der letzten zwei Jahrzehnte“<sup>233</sup> resümiert wird, verfolgt hat.

Sewell beziehungsweise die IMT gehen in ihren Texten zur Geschichte von Militant auf den Bergarbeiter/innen/streik faktisch nicht ein. Sewell erwähnt gerade mal, dass Militant 500 Bergarbeiter/innen gewonnen habe.<sup>234</sup> Die entscheidende Bedeutung des Streiks für die weitere Entwicklung der britischen Arbeiter/innen/bewegung wird in diesen Beiträgen nicht weiter beachtet. Das mag mit Grants pessimistischer Einschätzung der 1980er Jahre zusammenhängen; auch 1993 wiederholte die Führung der späteren IMT-Tendenz diese Linie, wonach das vergangene Jahrzehnt eines des Niedergangs und der Rechtsentwicklung gewesen sei: „Niemals in der Geschichte haben sich die Führer so weit von der Arbeiterklasse entfernt und so ungeniert bürgerliche Ideen vertreten“.<sup>235</sup> Ein weiteres Motiv für die mangelnde Berücksichtigung des Miner-Strike in den IMT-Texten könnte freilich auch die wenig glorreiche eigene Rolle in dieser Angelegenheit sein.

Taaffe widmet immerhin knapp zwanzig Seiten in seinem 570-Seiten-Buch zur Geschichte von Militant dem Bergarbeiter/innen/streik, den er immerhin als „wichtigsten industriellen Kampf seit dem Generalstreik von 1926“ bezeichnet, als einen Konflikt, der „den Eindruck eines tatsächlichen Bürgerkrieges in den britischen Bergbaugebieten“ vermittelte.<sup>236</sup> Taaffe referiert in seiner Arbeit, dass Militant in einer Art Zwischenbilanz des Streiks im Juli 1984 erklärte, dass trotz aller Vorbereitungen der Regierung der Streik „leicht gewonnen hätte werden können“.<sup>237</sup>

Die TUC-Führung sei unfähig gewesen, einen ernsthaften Kampf zu führen, und es wäre naiv gewesen, in diese Führung „zu viel Vertrauen“ zu setzen. Gleichzeitig hatte Militant offenbar zu viel Vertrauen in die „linken“ Gewerkschaftsführer/innen, denen attestiert wurde, dass sie „der Sache der Bergarbeiter/innen wirklich helfen wollten. Es fehlte ihnen einfach an der grundlegenden Strategie, Taktik und Methode dafür und dem notwendigen Vertrauen in die eigene Basis.“<sup>238</sup> Solche Formulierungen atmen doch deutlich den Geist von „linken“ Funktionsträger/inne/n in Labour und Gewerkschaft und ihrer bürokratischen Kombinationen. Militant rief in dieser Logik die „lin-

<sup>233</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 246

<sup>234</sup> Sewell: *History...* (Section 6), a.a.O.

<sup>235</sup> *Socialist Appeal*, a.a.O., S. 35

<sup>236</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 231 und S. 233

<sup>237</sup> *Militant* 710, nach ebd., S. 237f

<sup>238</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 236 und S. 243f

ken Gewerkschaften“ dazu auf, unabhängig vom TUC die Solidarität mit den Bergarbeiter/innen zu organisieren<sup>239</sup>, ohne vor der bürokratischen Beschränktheit von deren „linken“ Führungen zu warnen.

Zurecht argumentierte Militant nach dem Ende des Streikes, dass es der NUM-Führung in entscheidenden Momenten an einer klaren Strategie gefehlt hätte, dass sie es verabsäumt hatte, die Initiative für einen eintägigen Generalstreik zu übernehmen, ein Datum dafür festzusetzen und dazu alle Lohnabhängigen aufzurufen. Die Forderung nach einem 24-Stunden-Generalstreik war generell die Grundlinie von Militant in diesem Streik, kombiniert mit dem Vorschlag an die Bergarbeiter/innen, an die Basis der anderen Gewerkschaften zu appellieren, um Druck auf deren Führungen aufzubauen.<sup>240</sup>

Die Niederlage dieses wichtigsten Streik seit Jahrzehnten wurde von Militant und Taaffe tendenziell beschönigt. Anfang März 1985 veröffentlichte Militant eine Bilanz des Kampfes, in der die Einschätzung, dass Thatcher mit ihrer Strategie erfolgreich gewesen sei, energisch abgelehnt wurde: „Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Sie wollte ein industrielles Falkland, einen schnellen, einschneidenden Sieg. Sie bekam einen Streik, der ein Jahr dauerte, sieben Mrd. Pfund kostete und einen anhaltenden Effekt auf die Klassenverhältnisse haben wird.“<sup>241</sup>

In einem speziellen Artikel zu den Lehren des Bergarbeiter/innen/streiks hieß es: „Das ist nicht 1926, als die Bergarbeiter eine vernichtende Niederlage erlitten. Das war damals das Ende eines zwei Jahrzehnte dauernden Kampfes. Heute behalten die Bergarbeiter und Gewerkschaftsbewegung eine enorme Stärke und der Streik markiert einen entscheidenden Meilenstein – den Beginn einer ganzen neuen Ära intensivierten Klassenkampfes.“<sup>242</sup> Peter Taaffe rechtfertigte das später damit, es sei „notwendig, zwischen einem öffentlichen Statement, das versuchte, der Demoralisierung der Arbeiter/innen über den Ausgang des Streiks entgegen zu wirken, und der nüchternen Einschätzung, die wir in internen Dokumenten über die Konsequenzen der Niederlage der Bergarbeiter/innen machten, zu unterscheiden.“<sup>243</sup> Das bedeutet nichts anderes, als dem eigenen Umfeld und der Arbeiter/innen/klasse eine falsche Einschätzung vorzulegen, um sie bei Laune zu halten. Zum Ausdruck kommt dabei eine paternalistische und manipulative Haltung gegenüber der Arbeiter/innen/klasse.

Bereits im Januar 1985 hatte Militant geschrieben: „Die britische Gesellschaft wird nie wieder die selbe sein“; und Taaffe fügte hinzu, dass sich aufgrund des Agierens der Staates „das Bewusstsein der Arbeiter/innen, besonders der Bergarbeiter/innen, für immer verändert“ habe.<sup>244</sup> Tatsächlich waren die Auswirkungen des Bergarbeiter/innen/streiks auf die Klassenverhältnisse in Großbritannien schwerwiegend, allerdings nicht in dem von Militant suggerierten positiven Sinn. Die einschüchternden und demoralisierenden Wirkungen der Niederlage von 1984/85 wurden von Militant heruntergespielt und damit auch die eigenen Anhänger/innen falsch orientiert.

Taaffe bilanziert die eigene Politik im Bergarbeiter/innen/streik als durchwegs positiv. Auch er bringt natürlich die Angabe, dass Militant „500 Bergarbeiter/innen als Unterstützer/innen rekrutiert“ hätte. Schließlich hätte Militant mit glühender Begeisterung den Kampf der Bergleute unterstützt. Der von Militant geführte Stadtrat von Liverpool hätte Geld für Lebensmittel für die Bergarbeiter/innen/familien gesammelt und die LPYS hätten zur Unterstützung der Miners ein „extrem effektives“ Rockkonzert im Walton Park organisiert.<sup>245</sup> Am 13. Juli, am Höhepunkt des Streiks der Hafendarbeiter/innen, erklärte Militant: „Ein Sieg der Bergarbeiter/innen ist in greifbarer Nähe. Die eindrucksvolle Solidaritätsdemonstration der Hafendarbeiter/innen wird jetzt dem Kampf für die Rettung unserer Jobs und Industrie einen riesigen Antrieb geben. Der Sieg des

<sup>239</sup> Militant 702, nach ebd., S. 236 und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 232

<sup>240</sup> ebd., S. 245, S. 237 und S. 232

<sup>241</sup> Militant 702, zitiert nach ebd., 243

<sup>242</sup> zitiert nach: Roger Silverman: *Diskussionsbeitrag zur Entwicklung des CWI*, 1997

<sup>243</sup> Taaffe: *Reply...*, a.a.O., Punkt 58

<sup>244</sup> Taaffe: *The Rise*, a.a.O., S. 241 und S. 235

<sup>245</sup> ebd., S. 232 und S. 235 und Peter Taaffe / Tony Mulhearn: *Liverpool – A city that dared to fight*, London 1988, S. 143f

Stadtrates von Liverpool, der die Tories zum Rückzug gezwungen hat, ist ein Fanal für die Bergarbeiter/innen und die gesamte Arbeiter/innen/bewegung.“<sup>246</sup>

Diese Art, den Bergarbeiter/innen/streik mit dem gleichzeitigen, von Militant geführten Kampf in Liverpool in Beziehung zu setzen, die von Taaffe und der ganzen Militant-Tradition reproduziert wird, ist nicht nur eine wagemutige Beschönigung, es wird vielmehr die Realität völlig auf den Kopf gestellt. Tatsächlich ist Militant mit seiner Politik in Liverpool dem Kampf der Bergarbeiter/inne/n in den Rücken gefallen.

In Liverpool hatte sich der Konflikt zwischen dem Labour-Stadtrat und der Regierung seit März 1984 zugespitzt. Zwischen 1979 und 1983 hatte Liverpool bereits 30 Mio. Pfund Strafen wegen Budgetüberschreitungen an die Regierung zahlen müssen. Nun verlangte Thatcher von Liverpool ein Budget, das 11% unter den Ausgaben von 1980 liegen sollte. Die Tories, die Liberalen und der rechte Labour-Flügel scheiterten aber damit, ein solches Stadtbudget durchzubringen, das die von Thatcher geforderten massiven Sozialkürzungen realisiert hätte. 50.000 Arbeiter/innen und Jugendliche demonstrierten in der Stadt zur Unterstützung des Militant-dominierten Labour-Stadtrates um Derek Hatton. Der Stadtrat stand für ein so genanntes „illegales Budget“, das die Vorgaben aus London überschritt, um Kürzungen zu vermeiden und stattdessen im städtischen Wohnbau etc. zu investieren.

Innerhalb von Militant hatte es Kontroversen gegeben, ob eine solche Ausrichtung funktionieren könnte; immerhin bestand die Labour-Fraktion nicht nur aus Mitgliedern und Verbündeten von Militant. In der Militant-Führung war Grant der Ansicht, dass unter dem Druck des Konfliktes die Labour-Fraktion in Liverpool auseinander brechen würde. Taaffe, Hatton, Lynn Walsh und Tony Mulhearn argumentierten hingegen, dass der Druck der Arbeiter/innen/bewegung stärker sein werde. Sie sollten Recht behalten; lediglich sieben rechte Labour-Abgeordnete stellten sich gegen das „illegale Budget“. Mit der mobilisierten lokalen Arbeiter/innen/klasse im Rücken konnte der Labour-Stadtrat der Regierung die Unterordnung verweigern.<sup>247</sup>

Die Hausbau-, Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme sicherten dem Stadtrat die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse in Liverpool. Dass die Militant-Stadträte nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiter/innen/lohn kassierten, steigerte ihre Beliebtheit zusätzlich. Ihr Slogan war „It's better to break the law than to break the poor“ (Lieber das Gesetz brechen als die Armen“), und an persönlichem Mut mangelte es Hatton & Co nicht. Allerdings sollte die politische Konzeption von Militant dem Kampf in Liverpool Grenzen setzen.

Das strategische Konzept Militants, die Einführung des Sozialismus durch ein parlamentarisches Ermächtigungsgesetz, sollte auf lokaler Ebene mittels der Kontrolle der District Labour Party über den Stadtrat umgesetzt werden. Beim Gegenangriff von Staat und Regierung würden die Arbeiter/innen dann zur Verteidigung ihrer kommunalen Errungenschaften mobilisiert werden. Die lokale Radikalisierung, so das Militant-Konzept, brächte schließlich die Arbeiter/innen im ganzen Land gegen die Regierung auf und eine Labour-Regierung auf „sozialistischem“ Programm an die „Macht“. Die Kämpfe der ArbeiterInnen haben in diesem Konzept im Wesentlichen eine unterstützende Funktion für die parlamentarische Arena.<sup>248</sup> Das sollte im Juli 1984 deutlich werden.

Zwischen März und Juni hatte es zwischen dem Liverpools Stadtrat und der Regierung einige Scharmützel gegeben. Anfang Juli 1984 wurden dann zwischen dem Stadtrat und dem Regierungsbeauftragten Patrick Jenkin ein Abkommen geschlossen, das von Militant als Nachgeben der Regierung und „95%iger Sieg“ gefeiert wurde.<sup>249</sup> Und die IMT meint auch rückblickend, „der Militant-geführte Stadtrat schaffte es, von den Tories wesentliche Zugeständnisse zu erzwingen, die es

<sup>246</sup> Militant 708, zitiert nach Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 236

<sup>247</sup> Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 248f und Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 147f

<sup>248</sup> Jürgen Roth: *Lehren von Liverpool*, in: [www.arbeitermacht.de/broschueren/sav/anhang2.htm](http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sav/anhang2.htm). Das parlamentarische Konzept von Militant und seine zentralen politischen Charakteristika haben wir bereits oben ausführlicher diskutiert.

<sup>249</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 151 und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 249

ihm erlaubten, sein Programm auszuführen.“<sup>250</sup> Was war also der Inhalt des Abkommens und wie konnte es dazu kommen?

Militant spricht von Zugeständnissen der Regierung im Wert von etwa 60 Mio. Pfund.<sup>251</sup> Tatsächlich wurden die staatlichen Zuschüsse an Liverpool lediglich um knapp sieben Mio. Pfund erhöht. Da sich aber die Stadt für jedes zusätzliche Pfund die doppelte Summe an Strafzahlungen wegen Budgetüberschreitungen ersparte, errechnete Militant hier ein Entgegenkommen von Jenkin und Thatcher in der Höhe von 20 Mio. Pfund. Zusätzlich kalkulieren Taaffe und Mulhearn „40 Mio. Pfund als ein Ergebnis der Kapitalisierung der 13,6 Mio. Pfund von den Hausrenovierungen. Diese würden jetzt mit geborgtem Geld auf der Basis einer Garantie von Jenkin bezahlt“.<sup>252</sup>

Von 60 Mio. Pfund kann also nur im weiteren Sinne gesprochen werden. Dafür machte der Stadtrat von Liverpool einige Gegenleistungen. Die Liverpoolsche Labour Party unter der Führung von Militant hatte eine Mietsenkung um 2% versprochen; davon wurden nun Abstand genommen (allerdings blieben die Mieten, so Taaffe/Mulhearn, eingefroren). Außerdem wurde eine 17%ige Abgabenerhöhung beschlossen und damit 8% mehr als das Wahlprogramm von Labour/Militant versprochen hatte. Die Labour-Abgeordneten im Liverpoolschen Stadtparlament akzeptierten das Abkommen einstimmig und Militant feierte es als „kolossalen Sieg“. Auf der Basis dieser Interpretation fanden in Liverpool große Jubelkundgebungen statt. Zu einer Militant-Veranstaltung kamen 500 Personen und Hatton, Mulhearn & Co. freuten sich über wachsende Zustimmung.<sup>253</sup>

Während die meisten anderen Organisationen der radikalen Linken das Abkommen in Liverpool skeptisch betrachteten, erklärte die Labour-Führung, dass das Ergebnis im wesentlichen dem von ihr von Anfang an vorgeschlagene Kompromiss entspreche. Sie nahm außerdem für sich in Anspruch, mit einer eigenen Intervention zum Zustandekommen des Abkommens beigetragen und so eine Konfrontation zwischen dem Stadtrat und der Regierung verhindert zu haben.<sup>254</sup>

Die Thatcher-Regierung behauptete, dass sie keine relevanten Zugeständnisse an Liverpool gemacht habe. Die Bewertung des Deals zwischen der Regierung und dem Liverpoolschen Stadtrat durch die bürgerlichen Medien war unterschiedlich. Militant und seine Nachfolger (etwa Taaffe und Sewell) zitieren mit Vorliebe einen Artikel aus der *Times* vom 11. Juli, in dem es unter dem Titel „Danegeld in Liverpool“ heißt: „Heute wurde in Liverpool die kämpferische Haltung von Gemeinden bestätigt (...) ein drittklassiger Provinzpolitiker, ein selbsternannter Revolutionär (...) Mr. Derek Hatton hat die Regierung zum Nachgeben gebracht (...) Mr. Hatton und seine Kollegen drohten mit einem Kurs zersetzender Aktionen. Der Preis ist die Aufhebung von finanziellen Zielen, die gegenüber 400 anderen lokalen Behörden als unveränderlich erklärt wurde (...) um Militant loszukaufen.“ Und *Daily Mail* schrieb am selben Tag: „Der Eindruck muss sein, dass sich Militant auszahlt.“<sup>255</sup>

Diese Zitate werden von Militant als Belege für seinen „glorreichen Sieg“ gegen die Regierung angeführt. Und tatsächlich hat der Liverpoolsche Stadtrat nicht nur verbale, sondern, wenn schon keinen „95%-Sieg“, so doch einige echte Zugeständnisse der Regierung erreicht. Es stellt sich aber die Frage nach den Gründen für das partielle Nachgeben der „eisernen Lady“. Ein Faktor war wohl, wie Taaffe/Mulhearn selbst anführen, eine gewisse Unruhe der Finanzmärkte angesichts eines möglichen „illegalen Budgets“ in Liverpool und seine Auswirkungen auf die Kreditfähigkeit anderer Gemeinden.<sup>256</sup> Der Hauptgrund war aber zweifellos der parallel laufende Bergarbeiter/innen/streik und die Angst der Regierung vor einer weiteren Kampffront in Liverpool.

<sup>250</sup> Sewell: *How the Militant*, a.a.O.

<sup>251</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 150 und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 249

<sup>252</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 150

<sup>253</sup> ebd., S. 150f und S. 154f und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 250

<sup>254</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 152f

<sup>255</sup> zitiert nach: ebd., S. 151f, Sewell: *How the Militant*, a.a.O. und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 250. Der Ausdruck *Danegeld* bezeichnet den Tribut, den die englischen Könige im zehnten Jahrhundert zahlten, um sich von den dänischen Invasionen und Plünderungen freizukaufen.

<sup>256</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 149f

Gegenüber der Kritik der „ultralinken Sekten“<sup>257</sup> verteidigt Militant die eigene Interpretation des Liverpools Abkommens als großen Sieg. Die Alternative dazu seien Jobverluste und massive Abgabenerhöhungen gewesen.<sup>258</sup> Die Ausweitung der Konfrontation mit der Thatcher-Regierung kommt den Militant-Autoren offensichtlich nicht in den Sinn. Derek Hatton formulierte in der Sitzung des Stadtrates, in der der „Sieg“ zelebriert wurde: „Wir werden nicht zufrieden sein bis jeder Tory-Minister sein Amt verloren hat und wir die Rückkehr einer Labour-Regierung mit sozialistischer Politik sehen.“<sup>259</sup>

Abgesehen davon, dass diese Formulierung impliziert, dass es früher eine Labour-Regierung mit sozialistischer Politik gegeben hätte, und dass damit erneut die politische Anpassung Militants an den Labourismus zum Vorschein kommt, steht diese kämpferische Aussage in Widerspruch zur konkreten Politik von Militant in dieser Situation. Anfang Juli 1984 war ein Zeitpunkt, an dem der Bergarbeiter/innen/streik in vollem Gange war, es war der Zeitpunkt, als die Eisenbahner/innen ihre Streikaufrufe verstärkten, als der Hafendarbeiter/innen/streik begann und damit die zweite Front eröffnet war. Es war der Zeitpunkt, zu dem die britischen Kapitalist/inn/en in Panik gerieten, Margaret Thatcher einen Zusammenbruch erlitt, in Tränen ausbrach und bereits mit ihrem Sturz rechnete. Anfang Juli 1984 war der Zeitpunkt als die britische herrschende Klasse mit dem Rücken zur Wand stand, als für die britische Arbeiter/innen/klasse die beste und vielleicht einzige realistische Chance bestand, die Angriffe zurückzuschlagen und die Thatcher-Regierung in der Entscheidungsschlacht mit der Arbeiter/innen/bewegung zu stürzen. Die Regierung von Thatcher in Großbritannien war neben der von Ronald Reagan in den USA die Speerspitze der weltweiten neoliberalen Wende. Ihr Sturz durch Arbeiter/innen/kämpfe hätte international bedeutende Auswirkungen gehabt. Und was tat die „revolutionäre“ Strömung, die in Liverpool den Stadtrat und die Arbeiter/innen/bewegung führte? Militant akzeptierte die partiellen Zugeständnisse von Jenkin/Thatcher und nahm so in der wichtigsten Klassenkampfsituation in mehreren Jahrzehnten eine der größten Städte des Landes und ihre gut organisierte Arbeiter/innen/klasse aus dem Kampf. Es ist bezeichnend, dass Taaffe/Mulhearn in ihrem Buch über die Auseinandersetzungen in Liverpool und das Abkommen mit der Regierung auf den gleichzeitig beginnenden Hafendarbeiter/innen/streik nicht eingehen.

Dabei kritisierte Militant die Gewerkschaftsführungen der Eisenbahner/innen und der Hafendarbeiter/innen dafür, dass sie ihren Kampf nicht mit dem der Bergarbeiter/innen verbanden und so deren Isolierung in die Hände spielten: „Thatcher intervenierte persönlich in die Verhandlungen über die Bezahlung der Eisenbahner/innen, um sicherzustellen, dass das Angebot des Eisenbahn-Managements ausreichend war, um die Führer/innen der Eisenbahngewerkschaft anzulocken und einen Streik der Eisenbahn-Arbeiter/innen gemeinsam mit den Bergarbeiter/inne/n zu verhindern. (...) Als die Hafendarbeiter/innen in den Streik traten, wurden die schlimmsten Ängste der kapitalistischen Klasse wahr; eine andere starke Gruppe von Arbeiter/innen kämpfte Seite an Seite mit den Bergarbeiter/inne/n. (...) Die Tories wankten. Aber anstatt offen und entschlossen zu kämpfen, um die Streiks der Hafendarbeiter/innen und der Bergarbeiter/innen zu verbinden, präsentierten die Führer der TGWU den Hafendarbeiter-Disput als eine völlig getrennte Angelegenheit.“<sup>260</sup>

Diese Kritik von Militant an der „linken“ Bürokratie der TGWU ist vollkommen richtig, allerdings hat Militant in Liverpool dasselbe gemacht. Zwar hatte nach dem Abkommen Tony Mulhearn bei der Sitzung im Liverpools Stadtrat die Tories gewarnt, dass die Liverpools Arbeiter/innen/bewegung niemals bestochen werden könnte.<sup>261</sup> Solche unbeugsamen Reden dienten freilich nur dazu zu verschleiern, dass gerade genau das passiert war. Wie bei den Eisenbahner/inne/n machte die Regierung auch in Bezug auf Liverpool genau so viele Zugeständnisse, wie nötig waren, um eine Abkommen zu erreichen und die Ausweitung des Kampfes auf eine weitere

<sup>257</sup> ebd., S. 152 und Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 249

<sup>258</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 151

<sup>259</sup> ebd., S. 155

<sup>260</sup> Militant 739, 8. März 1985, zitiert nach: Taaffe: *The Rise...*, a.a.O., S. 244

<sup>261</sup> Taaffe/Mulhearn, a.a.O., S. 154

Front zu verhindern. Es kann sicherlich darüber diskutiert werden, dass die Zugeständnisse, die Jenkin für Thatcher machte, etwas mehr waren als die, die die Eisenbahner/innen und Hafentarbeiter/innen bekommen hatten; schließlich wusste die Regierung auch, dass es sich bei Militant nicht um eine reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Angst vor der Aktivität der eigenen Basis hat, handelte, sondern um eine Organisation mit marxistischem, revolutionärem Anspruch, der man/frau einen Deal bieten musste, der für Taaffe, Grant und Hatton vor den Militant-Unterstützer/innen und der Liverpools Arbeiter/innen/klasse zu vertreten war. Qualitativ bestand zwischen dem Agieren der „linken“ Führungen bei den Eisenbahner/innen und den Hafentarbeiter/innen und dem von Militant kein Unterschied. Beide ließen sich in der entscheidenden Klassenkampfsituation auf einen Deal ein, der es der Regierung im Sinne des Ridley-Plans ermöglichte, sich von den Konflikten in den jeweiligen Bereichen freizukaufen.

Dass die Regierung aus diesem Motiv zu Zugeständnissen bereit war, war (wohl auch für Militant) offenkundig. *Daily Mail* schrieb in dem von Taaffe/Mulhearn zitierten Artikel: „Ohne Zweifel war die Kalkulation diejenige, dass in Liverpool die Konfrontation zu einem Zeitpunkt vermieden werden sollte, als die Regierung mit dem Streik in den Bergwerken genug zu tun hatte.“ *Daily Express* meinte: „Minister Patrick Jenkin scheint sich vom Militant-geführten Liverpools Stadtrat Frieden erkaufen zu haben.“<sup>262</sup> Und der Tory-Parlamentsabgeordnete Teddy Taylor sagte in einem privaten Gespräch zu Hatton: „Wir waren erstaunt, wie viel Patrick zu geben bereit war.“ „Jedenfalls waren wir“, so Taylor weiter, „1984 fest entschlossen, ‚Scargill zu kriegen‘ und nicht an zwei Fronten zu kämpfen.“<sup>263</sup>

Die Bilanz ist eindeutig. Statt während des Bergarbeiter/innen- und Hafentarbeiter/innen/streiks in Liverpool, einer der größten und wichtigsten Städte des Landes, hart zu bleiben und auf einen lokalen Generalstreik zu orientieren, der für andere Teile der Klasse Vorbildwirkung gehabt hätte, hat es Militant zugelassen, dass sich die Regierung vom Konflikt in Liverpool freikaufte. Für einige zwar reale, aber unterm Strich letztlich doch geringe und zeitweilige Zugeständnisse hat die Militant-Führung dazu beigetragen, dass der heroische Kampf der britischen Bergarbeiter/innen und ihrer Familien gegen die reaktionäre Klassenkampfregerung Thatcher isoliert blieb. Militant hat damit beim entscheidenden Auftritt in seiner Geschichte versagt.

Und so wie das normalerweise reformistische Bürokrat/inn/en tun, versuchte Militant den faulen Kompromiss mit der herrschenden Klasse als Sieg zu verkaufen. Dabei sprach die Militant-Führung nicht nur von einem „glorreichen Sieg“ für Liverpool, sondern allen Ernstes auch noch davon, dass den Bergarbeiter/innen „durch den Erfolg in Liverpool ein enormer Auftrieb gegeben“ worden sei.<sup>264</sup> Das ist ein unseriöser Verschleierungsversuch, denn im Juli 1984 ging es nicht um Ermutigung der Bergarbeiter/innen durch kleine Erfolge irgendwo anders. Im Juli 1984 stand der Kampf zwischen der Thatcher-Regierung und der britischen Arbeiter/innen/klasse auf dem Messer der Schneide, und die Frage der Stunde war, ob eine Ausweitung des Kampfes auf mehrere Kampffronten gelingen würde. Die bürgerlichen Strateg/inn/en des Klassenkampfes haben das klar verstanden. Von den Führungen der Labour-Party und des TUC war nichts anderes als Kapitulation zu erwarten. Aber auch die „linken“ Gewerkschaftsführungen (Eisenbahn, Stahl...) und subjektiv marxistische Organisationen, die die Arbeiter/innen/bewegung wichtiger Städte dominierten (die stalinistische Communist Party in Sheffield oder eben Militant in Liverpool), wurden ihrem Anspruch einer klassenkämpferischen Führung des britischen Proletariats nicht gerecht.

Dass im Juli 1984 die Verbreiterung der Kampffront gegen den Frontalangriff der Bourgeoisie auf das schwere Bataillon der britischen Arbeiter/innen/klasse, die NUM, nicht gelang, war nicht nur für die Bergarbeiter/innen fatal, sondern für das gesamte britische Proletariat. Die Niederlage der NUM bedeutete eine strategische Niederlage für die gesamte Klasse. In den Jahren nach dem Sieg über die NUM führte die Tory-Regierung Angriffe auf einen Sektor der Arbeiter/innen/bewegung nach dem anderen. Auch die Teile, die 1984 vor dem Hintergrund des Streiks in den Zechen Deals

<sup>262</sup> Beide zitiert nach: ebd., S. 152

<sup>263</sup> ebd., S. 156

<sup>264</sup> ebd., S. 153



mit der Regierung als „Siege“ feierten, wurden nun einer nach dem anderen in die Knie gezwungen; ihre Kampfbedingungen waren jeweils schlechter als 1984, denn nun waren die Bergleute bereits besiegt und zu keiner Solidarität mehr in der Lage.

Die Militant-Strömung trägt für diese Entwicklung eine Mitverantwortung. Sie hatte sich bis 1984 soweit an die reformistische und parlamentarische Logik des Labourismus angepasst, dass sie in der entscheidenden Klassenkampfsituation zu keinem Bruch damit in der Lage war. Dahinter standen natürlich auch all die Einschätzungen und Konzepte von Ted Grant, der die 1980er Jahre wie erwähnt als Periode des Niedergangs und Rückzuges der Arbeiter/innen/bewegung einschätzte, in der ganz besonders vorzeitige Zuspitzungen mit der Labour-Führung vermieden werden mussten. Im Geiste seines 'Überwinterungsentrismus' musste in einer solchen Periode besonders geduldig abgewartet werden, bis die Arbeiter/innen wieder in Bewegung geraten und dann notwendigerweise in die Labour-Party strömen, die dann unter dem Einfluss von Militant zu „sozialistischer Politik“ gedrängt werden könnte. Mit einer solchen Perspektive musste natürlich 1984, mitten im Jahrzehnt des Niedergangs, von einer vorzeitigen und übermäßigen Konfrontation in Liverpool, die Militant womöglich aus der Labour-Party hinaus geführt hätte, Abstand genommen werden.

Diese Politik war freilich ausgesprochen kurzsichtig, in Bezug auf die Bergarbeiter/innen und die gesamte britische Arbeiter/innen/klasse ebenso wie in Bezug auf Liverpool und Militant selbst. So wie die Stahlarbeiter/innen, die Hafendarbeiter/innen und die Eisenbahner/innen sollte auch die Liverpools Arbeiter/innen/bewegung nach dem Deal von 1984 nicht lange Ruhe haben vor den Angriffen der Regierung der herrschenden Klasse. Und auch die Militant-Strömung sollte für das Zurückschrecken vor einer Zuspitzung in Liverpool 1984 (und dann 1987 in den LPYS) schließlich einen hohen Preis bezahlen.